

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
3003 Bern

Per Mail: stefan.leutwyler@baspo.admin.ch

Bern, 2. Februar 2018

n'existe qu'en allemand

Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“: Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
Geschätzte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der SGB steht der Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2026 in Sion unter den gegebenen Bedingungen ablehnend gegenüber. Im Folgenden erläutern wir die Gründe für diese Haltung.

Selbstverständlich ist die Schweiz fähig internationale Grossanlässe auszurichten, und es spricht auch grundsätzlich nichts dagegen, dies hin und wieder zu tun. Das wird aber immer teurer, weshalb insbesondere bei der gegebenen Politik der knappen Kassen gilt, eine gesamtheitliche Abwägung zwischen dem erwarteten Nutzen (volkswirtschaftlicher und immaterieller Art) und den zu stemmenden Kosten (direkte und indirekte) zu treffen. Neben der Euro 08 – welche in mehrfacher Hinsicht in erster Linie für die UEFA ein Gewinn war – liefert hier die internationale jüngere olympische Vergangenheit eine Vielzahl von Anhaltspunkten.

Seit Lake Placid 1980 gab es laut einer viel zitierten Studie der Universität Oxford keine olympischen Winterspiele (und auch keine Sommerspiele), deren Budget nicht deutlich bis exorbitant überschritten wurde. Es wurden kaum je günstigere Spiele ausgerichtet als 2010 in Vancouver. Diese haben aber mit insgesamt 2.8 Mrd. Franken bereits deutlich mehr gekostet als die nun für Sion veranschlagten 2.4 Milliarden (unabhängige Berechnungen weisen für Vancouver zudem mehr als doppelt so hohe Gesamtkosten aus). Dabei gilt es zusätzlich zu berücksichtigen, dass olympische Spiele eben nicht mehr im kleinen Rahmen durchgeführt werden können, sondern erklärermassen stets wachsen. Im erwähnten Vancouver wurden 2010 total 86 Wettkämpfe durchgeführt, in Pyeong Chang werden es dieses Jahr bereits 102 sein, im Jahr 2026 dann wohl noch mehr.

Betrachtet man die im erläuternden Bericht aufgeführten Teilbudgets in ihrer Gesamtheit, so sieht man, dass von insgesamt 2404 Millionen (25 Mio. Kandidatur, 1976 Mio. Umsetzung, 303 Mio. Sicherheit, 100 Mio. Infrastruktur und Verkehr) 1246 Millionen durch die öffentliche Hand finanziert werden sollen (994 Mio. Bund, 252 Mio. Kantone). Das entspricht mit 52% mehr als der Hälfte der Gesamtausgaben. Hierzu lässt sich Folgendes festhalten: Die letzten olympischen Spiele – jene in Rio 2016 – haben insgesamt 4.6 Milliarden Dollar gekostet (und waren damit verhältnismässig günstig). Alleine die Vergabe von TV-Rechten generierte für das IOC aber 4.1 Milliarden Dollar

Einnahmen. Diese machen laut Angaben des IOC durchschnittlich knapp die Hälfte (47%) der Gesamteinnahmen aus. Durch Sponsorenverträge, Eintrittserlöse und Lizenzeinnahmen flossen also weitere 4.6 Milliarden in die Kassen des IOC. So überstiegen in Rio die IOC-Einnahmen die Gesamtkosten um ganze 89%.

Übertragen auf Sion 2026 stellt sich daher die Frage, wieso die öffentliche Hand mehr als die Hälfte der Gesamtkosten eines Anlasses übernehmen soll, bei dem der Veranstalter – würde er den Anlass komplett selbst finanzieren – immer noch einen Reingewinn von fast 90% erzielen könnte. Das ist auch vor dem Hintergrund, dass das IOC über die olympischen Spiele hinaus weltweit viele sinnvolle Projekte finanziert, immer noch rekordverdächtig hoch. Nun liesse sich einwenden, dass eine starke Beteiligung der öffentlichen Hand nun mal der Preis für eine gute Ausgangslage im Wettbewerb der Austragungsorte ist. Dass dabei aber auch die Hälfte genügen kann, zeigt die erfolgreiche Bewerbung von Paris 2024 – mit einer staatlichen Kostenbeteiligung von lediglich 25%.

Unabhängig vom Ursprung der eingesetzten Mittel drängt sich aber die mehr als berechtigte Frage auf, was passiert, wenn letztere nicht ausreichen. Die im Verpflichtungskredit gemachte, klar limitierte Defizitgarantie von 215 Millionen ist zwar begrüßenswert. Die Frage nach einer Staatshaftung für darüber hinausgehende Defizite bleibt dennoch unbeantwortet. Das IOC wird nicht zahlen, private Sponsoren und die Kantone wohl auch kaum. Haftet also am Ende doch der Bund, im Rahmen einer indirekten Staatsgarantie?

Auf jeden Fall zwingt uns die in der Schweiz seit Jahren betriebene Politik der knappen Kassen umso mehr, auch jeweils zwischen potenziell wünschenswerten Ausgaben sinnvolle Abwägungen vorzunehmen. Dies ist dem Bundesrat am 18.10.2017 mit der Unterstützung der Olympiakandidatur (994 Mio.) und der gleichentags erfolgten Ablehnung der Volksinitiative für den überfälligen Vaterschaftsurlaub (380 Mio. pro Jahr) besonders schlecht gelungen. Ebenso wurden mit dem Budget 2018 einmal mehr substantielle Kürzungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beschlossen, Geld für völkerverbindende Spiele soll nun aber reichlich gesprochen werden.

Finanzpolitisch sehr skeptisch sind insbesondere auch die dem SGB angeschlossenen Walliser und Berner Gewerkschaften. Im Wallis werden schmerzhaft Einschnitte im Sozial- und Bildungswesen umgesetzt und gleichzeitig beantragt die Regierung unbeeindruckt einen Kredit von 100 Mio. für Olympia. Das Volk wird hier im Juni endlich ein Wort mitreden können. Auch im Kanton Bern, zurzeit leider Schauplatz einer noch härteren Austeritätspolitik, dürfte es in einiger Zeit zu einer Volksabstimmung kommen. Diese Abstimmungen sind nicht nur für das Schicksal von Sion 2026, sondern auch demokratiepolitisch entscheidend. Bezeichnet doch auch der Bundesrat im erläuternden Bericht die olympischen Spiele als "grosse Chance, die politische Tradition einem weltweiten Milliardenpublikum näherzubringen". National wird aber dennoch nicht abgestimmt.

Abgesehen von der Finanzierungsfrage bringen olympische Spiele selbstverständlich breitere wirtschaftliche Impulse. Bis heute gibt es allerdings keine einzige wissenschaftliche Studie, die eine nachhaltig-positive ökonomische Wirkung zeigen würde. Im besten Fall wurden, meist kurzfristige, regionale Impulse für die Bauindustrie und den Tourismussektor beobachtet.

Was den Tourismus betrifft, sind stabile Rahmenbedingungen jedoch weit wichtiger als kurzfristige Einmaleffekte wie Olympia. Dabei ist es naheliegend, auf die verfehlte Wechselkurspolitik der vergangenen Jahre hinzuweisen: Die Aufhebung des Franken-Mindestkurses hat den Tourismus durch den starken Rückgang der Anzahl ausländischer Gäste und den vermehrten Abgang vieler

inländischer Gäste gleich doppelt getroffen. Der Branche ist infolge der Frankenstärke, nach eigenem Bekunden, ein Drittel des europäischen Marktes weggebrochen; die Anzahl der Hotelaufenthalte von deutschen Gästen nahm zwischen 2006 und 2016 um 36% ab (BFS). Aber auch was die Einmaleffekte betrifft, profitiert der Tourismus nicht zwangsläufig: Für London (2012) und Peking (2008) waren die Besucherzahlen im Olympiajahr gar rückläufig, u.a. wohl aufgrund der abschreckenden Wirkung der hohen Übernachtungspreise.

Was die – heute ausgelastete – Bauindustrie betrifft, würde man zu deren spezifischen Stützung in ein paar Jahren wohl kaum olympische Spiele planen, zumal die geplanten Ausgaben hier, richtigerweise, verhältnismässig tief sind und man stattdessen grösstmöglich auf die dezentrale Nutzung bestehender Infrastruktur setzen würde.

So kommt der SGB zum Schluss: Olympia 2026 ist nicht nötig, vieles anderes hingegen schon.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär